

## AntragstellerInnen:

Andre Bandlow, Kai Danter, Kay Karpinsky,  
Johannes Saalfeld, Jürgen Suhr, Hans-  
Jürgen Zimmermann, LAVO

## Antrag:

**Gebiets- und  
Verwaltungsreform**

**In 1**

### **Eine nachhaltige Gebiets- und Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern ist dringend erforderlich**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zur Notwendigkeit von Gebiets- und Verwaltungsreformen im Land. Denn die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern brauchen eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung auf allen Ebenen. Sie muss in der Lage sein, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung zu setzen und damit Antworten auf die zu lösenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen geben.

Allerdings bemängeln wir zentrale Punkte der Gesetzesvorhaben. Elementare Fehler und Versäumnisse gefährden die Umsetzung der Reformen. Die Landesregierung hat aus der Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht offensichtlich nur unzureichend gelernt. BÜNDNIS 90/Die Grünen kritisieren vor allem folgende Punkte:

#### **Demokratie von unten nach oben, Landesregierung verstößt gegen ihr eigenes Leitbild**

Dieser Forderung kommt die Landesregierung nur unzureichend nach. Denn das Landesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur vorherigen Reform ausdrücklich darauf abgestellt, dass die Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kreisen dem Aufbau der „Demokratie von unten nach oben“ dient. Dabei ist die Erreichbarkeit aller Kreisorte durch die Kreistags- und Ausschussmitglieder ein entscheidender Faktor. Die vorgeschlagenen Kreisgrößen genügen diesen Kriterien nur unzureichend, denn Kreistagsmitglieder müssen sich auch über die Verhältnisse in entfernteren Bereichen des jeweiligen Kreises zumutbar eigene Kenntnisse verschaffen können, um ihre Verantwortung noch hinreichend wahrnehmen zu können.

Die Landesregierung verstößt vielmehr gegen ihr eigenes Leitbild, in dem es noch heißt: „Um die Überschaubarkeit und die Kenntnis der regionalen Belange zu gewährleisten, sollte die Zielgröße der Fläche der Landkreise 4.000 km<sup>2</sup> in der Regel nicht überschreiten.“ Die geplante Größe der neuen Kreise entspricht diesem Ziel nicht und ist zudem nicht auf vergleichbare Größenordnungen ausgelegt. Bereits in diesem Punkt sehen wir verfassungsrechtlich einen schweren Webfehler der Reform.

#### **Aufgabenkritik fehlt**

Weiterhin hätte eine Aufgabenkritik erfolgen müssen, auf deren Grundlage eine zweckmäßige Aufgabenzuordnung hätte erfolgen können. Dies ist, wie beim ersten Anlauf zur Verwaltungsreform, erneut nicht erfolgt. Wir sehen hier einen der grundsätzlichen Fehler, die die Landesregierung bei der Erarbeitung der Reformen begangen hat. Es wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll gewesen, sich auch mit der Aufgabenträgerschaft von überregional bedeutsamen Infrastruktureinrichtungen, wie beispielsweise dem Flughafen Laage, den Häfen, aber auch dem Mecklenburger Staatstheater zu beschäftigen. Die Finanzierungslasten hierfür tragen zu bedeutenden Teilen einzelne Kommunen, während das Land insgesamt von diesen bedeutsamen Infrastruktureinrichtungen partizipiert. Wir haben den Eindruck, dass sich die Landesregierung hier vor notwendigen und sinnvollen Entscheidungen gedrückt hat.

43 **Entscheidungen werden nicht an sachlichen Kriterien ausgerichtet**

44 Die Übertragung von zunächst lediglich 200 Stellen von der Landesverwaltung auf die neu zu  
45 bildenden Großkreise macht deutlich, dass das Feld „Funktionalreform“ derzeit lediglich besetzt  
46 wird, ohne erhebliche Einspareffekte zu erzielen. Die Auseinandersetzung auf Landesebene  
47 zwischen der Sozialministerin und dem Landwirtschaftsminister um die Verlagerung von Stellen  
48 zeigt dabei exemplarisch auf, dass die Landesregierung ihre Entscheidungen nicht vorwiegend an  
49 sachlichen Kriterien ausrichtet. Dies gefährdet wesentliche Ziele der Reformvorhaben.

50

51 **Oberzentren werden nicht gestärkt**

52 Die notwendige Stärkung der bisherigen kreisfreien Städte als Oberzentren wird durch den  
53 vorliegenden Entwurf nicht geleistet. Eine Ausstrahlung der Zentren in die Fläche ist so nicht  
54 möglich. Insbesondere die ungelösten Stadt-Umland-Probleme gefährden eine nachhaltige  
55 Entwicklung der städtischen Zentren als Entwicklungskerne. Hier fehlt der Landesregierung der  
56 Mut zu einer konsequenten Umsetzung der selbst definierten Zielsetzungen. Gleiches gilt für die  
57 dringend erforderliche Gemeindegebietsreform. Die dafür notwendigen Schritte hätten bereits vor  
58 der Kreisgebietsreform erfolgen müssen.

59

60 **Mängel bergen Gefahr des erneuten Scheiterns des Reformwerkes**

61 Diese zahlreichen Mängel, vor allem jedoch die elementaren Fehler, die die Landesregierung im  
62 Gesetzesvorhaben zumindest billigend in Kauf nimmt, können dazu führen, dass die Verwaltungs-  
63 und Gebietsreform einer verfassungsrechtlichen Überprüfung erneut nicht standhält. Die Folgen  
64 vor allem für die soziale und ökonomische Entwicklung wären weitreichend und schädlich für unser  
65 Bundesland. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Reformen akzeptiert und umgesetzt  
66 werden, ohne auf die berechnete Kritik zu verzichten.

67

68 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:**

69

70 **Wichtige Reformschritte mutig angehen**

71 Wir halten es darüber hinaus für dringend erforderlich unverzüglich Maßnahmen einzuleiten und  
72 Entscheidungen vorzubereiten, die auf eine Stärkung der Gemeinden, eine Überwindung der  
73 kleinteiligen Gemeindestrukturen, eine Lösung der Stadt-Umland-Problematik und eine  
74 Verlagerung der Entscheidungskompetenzen auf eine professionell ausgestattete Gemeindeebene  
75 ausgerichtet ist. Insbesondere fordern wir:

76

77 **Stärkung der Gemeinden und ihrer Leistungsfähigkeit**

78 BÜNDNIS 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern setzen sich für eine Stärkung der  
79 Gemeinden und ihrer Leistungsfähigkeit durch eine Gemeindegebietsreform ein. Anders als in der  
80 derzeitigen Situation müssen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, alle Angelegenheiten  
81 der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung und ohne Einschränkungen zu erfüllen.

82 In Mecklenburg-Vorpommern ist eine Überwindung der bestehenden kleinteiligen  
83 Gemeindestruktur und eine Professionalisierung der Verwaltung notwendig. BÜNDNIS 90/Die  
84 Grünen treten für die Bildung von Flächengemeinden mit hauptamtlichen BürgermeisterInnen an  
85 der Spitze ein. Die mit einem erheblichen Legitimationsdefizit behafteten Amtsverwaltungen  
86 können vollständig abgeschafft werden, wenn leistungsfähige und demokratisch legitimierte  
87 Flächengemeinden die kommunalen Verwaltungsaufgaben wieder selbst wahrnehmen.

88 Um die Identität der gegenwärtigen Orte innerhalb einer Flächengemeinde und ein hohes Maß an  
89 bürgerlichem Engagement zu gewährleisten, sollen die Ortsteile finanzielle Budgets und direkt  
90 gewählte Vertretungen und Ortsteilvorsteher erhalten.

91

92 **Lösung der Stadt-Umland-Probleme**

93 Die Stadt-Umland-Probleme müssen gelöst werden. BÜNDNIS 90/Die Grünen in Mecklenburg-  
94 Vorpommern setzen sich dafür ein, die Interessengegensätze zwischen zentralen Orten und  
95 umgebenden Gemeinden auf wirtschaftlichem, finanziellem und planerischem Gebiet endlich zu  
96 lösen. Wir halten Eingemeindungen auch auf gesetzlichem Wege dabei für ein geeignetes  
97 Instrument zur Lösung der zahlreichen Konflikte. Wir wollen eine faire Lösung zum finanziellen  
98 Ausgleich zwischen Städten und ihrem näheren Umland. Allerdings dürfen keine Genehmigungen  
99 von Gemeindefusionen erteilt werden, die die zentralörtlichen Verflechtungen missachten.

100 Insbesondere im Falle der Landeshauptstadt Schwerin würde eine bloße Beibehaltung der  
101 Kreisfreiheit ohne Vergrößerung des Stadtgebietes durch Eingemeindungen die derzeitigen  
102 Probleme wie die rückläufige Leistungsfähigkeit nicht lösen.

103

#### 104 **Nachhaltige Stärkung der Oberzentren**

105 Die Oberzentren müssen gestärkt werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die  
106 Herausforderungen zu meistern, die sich aus einer stark rückläufigen Bevölkerungszahl und  
107 zunehmender Alterung ergeben. Eine am Gemeinwohlinteresse ausgerichtete, möglichst effiziente  
108 Versorgung der Bevölkerung und der dafür erforderliche Aus- und Umbau der Infrastruktur muss  
109 von den Zentren ausgehen. So kann auch weiterer unnötiger Flächenverbrauch durch Zersiedlung  
110 sowie die Entstehung ineffizienter Verkehrsnetze verhindert werden.

111

#### 112 **Greifswald als Kreisstadt**

113 Zur Stärkung der Zentren gehört aus Sicht von BÜNDNIS 90/Die Grünen auch, dass die  
114 bestehenden Oberzentren auch im Falle der Einkreisung Sitz der Kreisverwaltung der neuen  
115 Landkreise werden. Dies gilt explizit auch für die Hansestadt Greifswald. Eine weitere Möglichkeit  
116 zur Stärkung der Zentren sehen wir in einer Aufnahme des Stadtnamens in den zukünftigen  
117 Kreisnamen. Wir halten es auch für vorstellbar, in touristischen Regionen mit dem Kreisnamen  
118 eine Verbindung zur Tourismusregion herzustellen. (Beispiele: Kreis Stralsund-Rügen statt Kreis  
119 Nordvorpommern, Kreis Wismar-Mecklenburgische Ostseeküste statt Kreis Nordwest-  
120 mecklenburg).

121

#### 122 **Verlagerung der Aufgaben vor Ort**

123 Das Subsidiaritätsprinzip muss konsequent umgesetzt werden. Was in der Gemeinde vor Ort  
124 leistbar ist, sollte auch dort erbracht werden. Umgekehrt ist im gemeinschaftlichen Interesse aller  
125 Bürgerinnen und Bürger eine zentralisierte Aufgabenwahrnehmung durch das Land erforderlich,  
126 wenn die kommunale Ebene oder einzelne Gemeinden objektiv überfordert sind. BÜNDNIS 90/Die  
127 Grünen fordern die Landesebene auf, längst überfällige notwendige Strukturentscheidungen zu  
128 treffen und sich nicht aus der Verantwortung zu stellen.

129

#### 130 **Kooperation über die zukünftigen Kreisgrenzen hinaus**

131 Die Strukturreform darf nicht an den zukünftigen Kreisgebietsgrenzen aufhören. Viele kommunale  
132 Herausforderungen bestehen heute und in Zukunft über Kreisgrenzen hinweg. Dabei hat gerade  
133 das Land mehr Verantwortung zu übernehmen. Als Beispiele nennen BÜNDNIS 90/Die Grünen  
134 den Schülertransport sowie die dringend erforderliche Überarbeitung des  
135 Landesflughafenkonzepts und des Theaterkonzepts.